18.2.2018 - sueddeutsche.de / DPA

Katholische Laien fordern klare Regeln für Finanzgeschäfte

18. Februar 2018 10:10

Direkt aus dem dpa-Newskanal

Ingolstadt (dpa) - Die katholische Reformbewegung "Wir sind Kirche" fordert angesichts des jüngsten Finanzskandals in der Diözese Eichstätt einheitliche Regeln für die Haushalte und Finanzgeschäfte der katholischen Kirche in Deutschland. "Die Kirche muss natürlich ihr Geld irgendwo anlegen - aber sie muss es ethisch verantwortlich anlegen. "Und spekulative Kreditgeschäfte in den USA sind da kaum das Richtige", sagte "Wir sind Kirche"-Sprecher Christian Weisner der Deutschen Presse-Agentur vor Beginn der Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz an diesem Montag in Ingolstadt.

Anfang Februar war bekanntgeworden, dass aus dem Vermögen der Diözese Eichstätt rund 60 Millionen Dollar (48,2 Millionen Euro) in ungesicherte Darlehen in die USA geflossen sein sollen. Der ehemalige stellvertretende Finanzdirektor und ein Immobilien-Projektentwickler sitzen inzwischen in Untersuchungshaft - ihnen werden Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr vorgeworfen. Auch die wegen finanzieller Probleme angekündigten Schulschließungen im Erzbistum Hamburg stoßen unter den Katholiken teils auf erheblichen Widerstand.

Weisner kritisierte die immer noch mangelnde Transparenz vieler Bistümer bei ihren Finanzgeschäften. Nach dem Skandal um den früheren Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst, der rund 30 Millionen Euro in einen protzigen Bischofssitz verbaut hat und im März 2014 unter anderem deswegen abberufen wurde, hätten alle Bischöfe eine möglichst schnelle und weitgehende Offenlegung ihrer Finanzen zugesagt. "Das haben aber erst zwei Drittel der Bistümer geschafft - und darunter sind auch Bistümer, die das qualitativ eher schlecht gemacht haben." Es sei "ein Unding", dass sich die Bistümer nicht auf einheitliche Haushaltsverfahren einigen könnten, das vergleichbar seien. "Stattdessen wurschtelt jeder Bischof einfach vor sich hin."

Obendrein müssten die Kirchenmitglieder in ihren Bistümern mitentscheiden dürfen, wofür Geld ausgegeben werde. "Denn das ist nicht das Geld des Bischofs oder des Domkapitels, sondern das sind Vermögen, die im Laufe der Generationen innerhalb der Kirche angesammelt worden sind", befand Weisner. "Und die, die darüber entscheiden, können es allenfalls treuhänderisch machen, und dürfen nicht so tun, als sei es ihr eigenes Geld."

Zuletzt geändert am 18.02.2018